

Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16. Jänner 1991

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es ungeheuerlich, daß Sie nach wie vor so tun, als hätte die grüne Fraktion absichtlich den heutigen Tag auserkoren, um Zeit zu schinden, und zwar grundlos. Sie haben anscheinend noch immer nicht begriffen, worum es geht (*Ruf: Oder wer?*), wie tief der Einschnitt in diesen Staat durch die vorgesehenen Gesetzesänderungen sein könnte.

Ich muß es mit einem Beispiel noch einmal untermauern, daß es keine grüne Spinneridee ist, sondern ein Thema, das ganz Österreich beschäftigt, und daß namhafte Personen ihren Protest nicht nur an uns, sondern auch an Sie alle und auch an Ihre Fraktionen gerichtet haben. Tun Sie nicht so, als hätten Sie eine völlig richtige Vorgangsweise gewählt, als hätten Sie in der Aktualität der Angelegenheit nicht anders handeln können. Wir wissen alle, daß diese Resolution schon am 29. November 1990 beschlossen wurde — da liegen immerhin einige Wochen dazwischen — , aber niemand hat sich bemüßt gefühlt, eine Diskussion loszutreten. Anscheinend hat man sehr wohl Angst davor gehabt, wie sich die Österreicherinnen und Österreicher zu diesem Problem Neutralität und Kriegsmaterialgesetz stellen werden.

Als Beispiel, das ich schon vorher angeführt habe, möchte ich eine Pressemitteilung des Plenums der österreichischen Rektorenkonferenz anführen. Ich nehme an, Sie wissen alle, um welches Gremium es sich dabei handelt. Es sind alle Rektoren aller österreichischen Universitäten in diesem Plenum vertreten. Dieses Gremium hat eine Pressemitteilung auch an uns geschickt, die sich sowohl gegen den Krieg im Irak als auch ganz massiv gegen jede Änderung des Kriegsmaterialgesetzes und des Strafgesetzbuches wendet.

Ich zitiere: „Jede Okkupation eines fremden Territoriums ist zu verurteilen! Dennoch glauben wir nicht, insbesondere aufgrund der Erfahrungen dieses Jahrhunderts, daß Krieg und die Verletzung von Menschenrechten zu Problemlösungen führen können. Die österreichische Rektorenkonferenz als Vertreterin der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen appelliert an alle Verantwortlichen, den Verhandlungsweg nicht zu verlassen, und wendet sich gegen die Änderung des Kriegsmaterial- und Strafgesetzes.“

Ein anderes Beispiel: Universität Innsbruck, Institut für Philosophie. Herr Universitätsprofessor Dr. Hans Köchler hat dem grünen Klub eine Mitteilung überbracht, in der er die Haltung der Grü-

nen-Alternativen bezüglich der Neutralitätsfrage, Kriegsmaterialgesetzänderung und die ganze Angelegenheit am Golf unterstützt, und dies in einem Brief folgendermaßen begründet. Dieser Brief ist übrigens auch an den Herrn Außenminister gegangen und, ich nehme an, auch an die anderen Klubs, aber Sie ignorieren anscheinend all diese Dinge. Das sind namhafte Persönlichkeiten, die sich mit den Rechtsbeständen sehr wohl auseinandergesetzt haben. Das sind nicht jene, die Sie immer als Spinner der Friedensbewegung und als unrealistische Friedensapostel bezeichnen. Wie gesagt, Herr Universitätsprofessor Hans Köchler gehört sicher zu den Menschen, die wissen, wovon sie reden.

Ich möchte nur zwei Sätze aus diesem Brief zitieren, und zwar weist er darauf hin, daß die Resolution 678 in wesentlichen Punkten der UNO-Charta widerspricht und daher nicht in Übereinstimmung mit der Charta verwirklicht werden kann. Was dahintersteckt, ist für ihn klar. Das ist keine schlampige Formulierung von Juristen, sondern machtpolitisches Kalkül, das einem einzelnen Staat praktisch eine Generalvollmacht für einseitige Militäraktionen erteilt. Und aus diesem Grund wendet er sich auch gegen alle Änderungsvorschläge und Versuche. Genau das betrifft eben jetzt diese Debatte und ist der Grund dafür, weshalb wir sie führen.

Ich kann hier auch ein Zitat bringen von dem heute schon einmal erwähnten Herrn Köchler, der meint, er habe im Namen der IPO, einer Konsultativorganisation der Vereinten Nationen, darauf hingewiesen, daß die Resolution 678 in wesentlichen Punkten der UN-Charta widerspricht und daher nicht in Übereinstimmung mit der Charta verwirklicht werden kann.

Weiters lautet es hier: „Ich bin mir dessen bewußt, daß es nicht Mangel juridischer Qualifikationen der Experten des Sekretariats des Sicherheitsrates war, die zu einer so schlampigen Formulierung der Bestimmungen der Resolution geführt hat, sondern daß machtpolitisches Kalkül dahintersteckt, wenn man einzelnen Staaten praktisch eine Generalvollmacht für einseitige Militäraktionen erteilt.“

Und da sprechen Sie, meine Damen und Herren — und auch die Bundesregierung —, von einem kollektiven Sicherheitssystem?

Dr. Köchler meint auch weiter: „Damit hat man nicht nur die Konzeption der kollektiven Sicherheit ad absurdum geführt, sondern zukünftiger Willkür Vorschub geleistet.“

Das ist nur die Meinung eines von vielen internationalen Experten, die sich mit diesem Problem beschäftigen.

Außerdem glaube ich auch nicht, daß es ein Zufall ist, daß China gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem es sich zu dieser Resolution der Stimme enthalten hat, enorme Kreditzusagen von den USA bekommen hat.

Wir alle wissen um den Zustand der Sowjetunion, um die inneren Schwierigkeiten, mit denen Herr Gorbatschow zu kämpfen hat, und daher ist es nicht verwunderlich, daß auch die Sowjetunion Hilfe aus dem Westen braucht, auf diese Hilfe angewiesen ist, und vielleicht hat auch das Stimmverhalten der Sowjetunion damit zu tun.